

## Amtliches

## Militzcher



## Kreisblatt.

Amtlicher Anzeiger des Landrats und des Kreis-Ausschusses.

Beilage zum „Militzcher Kreis- und Stadtblatt“.

Nr. 96.

Sonabend, den 30. November

1918.

Zum nichtamtlichen Teil des Militzcher Kreisblattes vom 27. November, Nr. 95, Seite 415, findet sich eine Bekanntmachung, in welcher der Bäckermeister Mantel in Militzsch ein Ersuchen an die Amtsbezirke des Kreises richtet und unterzeichnet:

Mantel, Obmann des Kreisbauernrats.

Ich bitte sämtliche Bauernräte (Wirtschaftsausschüsse) des Kreises mir umgehend mitzuteilen, ob sie den Herrn Mantel und den am 17. d. M. in Militzsch gebildeten Kreisbauernrat als die berufene und geeignete Vertretung der gesamten ländlichen Kreisbevölkerung betrachten.

Ich würde das bedauern; denn ich erkenne diese Vertretung weder als zu Recht bestehend noch als geeignet an.

Mit einem, in geordnetem Wahlverfahren gewählten Kreisbauernrat bin ich selbstverständlich gern zu arbeiten bereit.

Militzsch, den 28. November 1918.

Dem Vernehmen nach ist bei der Bevölkerung die Ansicht verbreitet, daß mit dem Eintritt der neuen Regierungsform die bisherigen Lebensmittelvorschriften außer Kraft getreten seien. Derartigen falschen Gerüchten muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.

Ich weise hierdurch darauf hin, daß die genaue Einhaltung der Vorschriften, betreffend Abgabe von Nahrungsmitteln nur gegen Karten, Versütterungsverbote usw., im gegenwärtigen Augenblick mit verschärfter Genauigkeit durchgeführt werden müssen, wenn eine Störung der Lebensmittelversorgung in den wichtigen Verbrauchsgebieten vermieden werden soll.

Wann die von den Entente-Ländern in Aussicht gestellte Zufuhr von Lebensmitteln eintreffen und zur Verteilung kommen kann, und wie groß diese Mengen bemessen sein werden, steht noch in keiner Weise fest. Nur die strikte Aufrechterhaltung unseres Ernährungssystems und die Beachtung der erlassenen Vorschriften kann das deutsche Volk vor der Hungersnot bewahren.

Militzsch, den 23. November 1918.

## Erhöhung der Mehl- und Brotration.

Vom 1. Dezember 1918 ab ist die Tageskopfmenge an Mehl für die versorgungsberechtigte Bevölkerung um 40 Gramm erhöht worden. Die Erhöhung wird auf die Schwerarbeiterzulagen bzw. Schwerstarbeiterzulagen angerechnet, sodaß für diese beiden Gruppen die bisherige Gesamtration unverändert bleibt.

Zwecks Empfangnahme dieser Zulagen sind besondere Zusatzbrotkarten für Monat Dezember hergestellt worden, welche vom 15. Dezember 1918 ab bei den Herren Vorsitzenden der Ortsausschüsse zur Abholung bereit liegen.

Militzsch, den 27. November 1918.

## An die landwirtschaftliche Bevölkerung!

Die Lieferungen von Lebensmitteln, die durch die bestehenden Vorschriften zur Sicherung der Volksernährung den Landwirten auferlegt sind, müssen nach wie vor regelmäßig und in voller Höhe erfüllt werden. Nur das schützt das deutsche Volk vor noch größerer Not und die landwirtschaftliche Bevölkerung vor der Gefahr, daß ihr rechtswidrig mehr genommen wird, als sie jetzt pflichtgemäß zur Ablieferung zu bringen hat. Wenn die heimkehrenden Truppen und die städtische Bevölkerung darben, weil die Vorräte von den Landwirten zurückgehalten werden, so besteht die Gefahr, daß ihnen mit Gewalt mehr genommen wird, als sie zu liefern verpflichtet sind.

Landwirte, erfüllt deshalb Eure Pflicht!

Alle Organisationen der Landwirte und alle landwirtschaftlichen Behörden werden ersucht, in diesem Sinne zu wirken.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

Wurm.

Das Preussische Landwirtschaftsministerium.

Braun.

Hofer.

Vorstehenden Aufruf des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts und des Preussischen Landwirtschaftsministeriums an die landwirtschaftliche Bevölkerung gebe ich mit dem Hinweis bekannt, daß die Ablieferung sämtlicher der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Milch, Butter, Eier, Getreide, Kartoffeln, Rüben, Gemüse, Heu und Stroh nach wie vor an die von Seiten des Kreis-Ausschusses bestimmten Stellen zu erfolgen hat.

Wie ich aus den Ablieferungsberichten ersehe, hat besonders in den letzten Wochen die Ablieferung der Ankaufsbutter durch die Aufkäufer stark nachgelassen. Dieser Rückgang in der Ablieferung der Butter hat seine Ursache darin, daß die Kuhhalter die ihnen auferlegte Ablieferungsschuldigkeit nicht erfüllen. Es ist mir bisher gelungen den Kuhhaltern des Kreises Militzsch die in andern Kreisen des Regierungsbezirks schon längst eingeführten Zwangsschlüsse an die Molkereien fern zu halten. Sollte die Ablieferung in den nächsten Wochen sich nicht wieder wesentlich bessern, wäre ich gezwungen, eine ganze Reihe von Gemeinden an die nächste Molkerei zur Milchablieferung anzuschließen. Ich erwarte, daß es nur dieses Hinweises bedarf, die säumigen Kuhhalter zu veranlassen, ihre Ablieferungsschuldigkeit so zu erfüllen, daß ich diese äußerste Maßnahme nicht anzuwenden brauche.

Andererseits ist auch die Kartoffelablieferung von größter Wichtigkeit und sehr zu fördern, damit die Bedarfsgebiete noch vor Eintritt der Frostperiode mit diesem zur Zeit wichtigsten Nahrungsmittel versorgt werden.

Die Ortsbehörden ersuche ich, diesen Hinweis in ortsüblicher Weise bekannt zu geben.

Militzsch, den 28. November 1918.



Kameraden! Ihr wißt, daß in der Heimat Lebensmittel, Kohle und andere Bedürfnisse knapp sind und den einzelnen Einwohnern nur in bestimmten kleinen Mengen zugeteilt sind. Wenn Ihr auf dem Rückmarsch einquartiert werdet, so können Euch Eure Quartierwirte nicht verpflegen. Ihr seid daher auf die Truppenverpflegung angewiesen.

Auch eine besondere Zuteilung von Kohlen an die Quartiergeber läßt sich nicht ermöglichen. Für Eure Verpflegung, Erwärmung kann daher in den meisten Fällen nur dann gesorgt werden, wenn Ihr in Massenquartieren untergebracht werdet. Empfandet diese Maßnahme nicht als eine Unfreundlichkeit der Heimat Euch gegenüber; sie erfolgt nur unter dem Zwange der Verhältnisse.

Nehmt auch aus dem Felde Eure Decken auf dem Heimmarsch mit, da die Gemeinden nicht über ausreichende Borräte an Decken verfügen.

Seid überzeugt, daß die Heimat alles tun wird, um Euch den Heimmarsch zu erleichtern und Euch nach besten Kräften unterbringen wird.

### Demobilisierungsamt.

gez. Koeth.

Veröffentlicht.

Militisch, den 26. November 1918.

### Ablieferung von Fleisch aus Hauschlachtungen.

Nach § 19 letzter Absatz der Anordnung betreffend die Fleischversorgung vom 7. Oktober 1918 — Kreisblatt Seite 290 — darf Fleisch zur Selbstversorgung aus Hauschlachtungen, die zwischen dem 1. September und 31. Dezember 1918 erfolgen, höchstens für die Dauer eines Jahres, aus Hauschlachtungen, die in der übrigen Zeit erfolgen, höchstens für die Dauer bis zum Schlusse des Kalenderjahres belassen werden.

Die hiernach von den Hauschlachtern abzuführenden Fleischmengen sind an die bestehenden Kreisfleischschlächtereien in Militisch bzw. in Trachenberg auf Anordnung des zuständigen Herrn Vorsitzenden des Ortsausschusses zur Ablieferung zu bringen.

Militisch, den 27. November 1918.

Die Regierung hat am 18. November angeordnet, daß **Ergänzungs- und Ersatzwahlen zu Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen, Provinziallandtagen und Vertretungen der Zweckverbände bis zu der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des kommunalen Wahlrechts nicht stattfinden.**

Die Wahlzeit für diejenigen Vertreter, für die eine Ergänzungswahl nötig gewesen wäre, wird bis zu der nach der neuen gesetzlichen Regelung erfolgten Wahl verlängert.

Militisch, den 26. November 1918.

**Die Brücke über die Bartsch bei Schwentroschine wird wegen Zustandschönung auf die Dauer von 14 Tagen für den Verkehr mit Fuhrwerken teilweise gesperrt.**

Militisch, den 26. November 1918.

### Betrifft Aufnahme des Rindviehbestandes.

Die Herren Gemeinde-Vorsteher werden beauftragt, gelegentlich der am 4. Dezember d. J. stattfindenden Viehzählung den Bestand an

1. Kühen und deckfähigen Rindern,
2. geschlechtsreifen Bullen

und zwar

- a) gefürte,
- b) nicht gefürte, welche die Besitzer nur für den Bedarf der eigenen Rinder — deren Zahl gleichfalls anzugeben ist — halten,

festzustellen und die Anzeige s. Zt. umgehend einzureichen.

Die Magistrate des Kreises ersuche ich um eine gleiche Mitteilung.

Militisch, den 25. November 1918.

### Betrifft Anfuhr von Heu und Stroh an das Proviantamt in Militisch.

Das Proviantamt in Militisch ist zur Zeit nicht in der Lage, weitere Heu- und Strohmenge abnehmen zu können. Die Landwirte des Militischer und Sulauer Kreisanteils ersuche ich daher, die Wagenzufuhren von Heu und Stroh an das genannte Proviantamt auf die Dauer von 14 Tagen, das ist bis zum 10. Dezember 1918, einzustellen.

Die Ortsbehörden des Militischer und Sulauer Kreisanteils ersuche ich, Vorstehendes in ihren Bezirken sofort ortsüblich bekannt zu machen.

Militisch, den 25. November 1918.

### Nichtlinien

für die Einrichtung von Bauernräten und Wirtschaftsausschüssen in den Landkreisen.

Durch zwei Erlasse der neuen Regierung ist die Bildung von Vertretungen in den Landkreisen einmal zur Kontrolle der Verwaltung der Behörden in den Landkreisen, ferner zur besseren Erfassung, Ablieferung und Verteilung der Lebensmittel angeregt worden. Bis zum Erlasse näherer Vorschriften der Regierung wollen wir den beteiligten Behörden und Kreiseingefessenen folgende Richtlinien geben:

1. Der Volksrat zu Breslau konstituiert sich für die erste Einrichtung als vorläufiges Zentralorgan für die Organisation der Provinz Schlesien.

2. Es wird zu unterscheiden sein zwischen solchen Körperschaften, die die politische Kontrolle über die Verwaltung ausüben und solchen, die zur Festigung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande errichtet werden sollen. Die politische Kontrolle soll ausgeübt werden durch Kreisbauernräte, während die wirtschaftliche Unterstützung der Lebensmittel-Organisation ausgeübt werden soll durch Wirtschaftsausschüsse in den einzelnen Gemeinden. Den Ausdruck „Bauernräte“ für die in den einzelnen Gemeinden zu errichtenden Ausschüsse wollen wir vermeiden, um Verwirrung und Verwechslung mit den Kreisbauernräten zu verhindern.

3. Der Kreisbauernrat hat die Aufgabe, die politische Kontrolle der Verwaltung des Landesrats, der Magistrate in kreisangehörigen Städten, wo noch keine Volksräte oder Arbeiterräte bestehen, der Amtsvorsteher und der Gemeindevorsteher auszuüben.

4. Kreisbauernräte sollen zunächst nur dort errichtet werden, wo ein Bedürfnis zu ihrer Errichtung bei den Kreiseingefessenen oder den Behörden hervortritt. Die Errichtung hat nach den vom Volksrat zu Breslau gegebenen Richtlinien zu geschehen. Die Kreisbauernräte haben sich daher vorher mit dem Volksrate in Breslau in Verbindung zu setzen und ständige Fühlung mit ihm zu erhalten.

5. Die Errichtung der Kreisbauernräte wird zweckmäßig in der Weise geschehen, daß in der Kreisstadt, oder wo der Kreis zu groß ist, an mehreren Orten des Kreises, für die zu diesen Orten verkehrsgünstig gelegenen Ortschaften Versammlungen der Kreiseingefessenen öffentlich einberufen werden zur Wahl von Mitgliedern des Kreisbauernrates. Eine Gesamtmitgliederzahl des Kreisbauernrates von 25 wird zweckmäßig nicht überschritten. Die im Kreise lebende Bevölkerung soll im Kreisbauernrate der Zahl der zu den Berufsgruppen gehörigen Personen entsprechend, vertreten sein. Da es sich um eine provisorische Einrichtung handelt, die nur solange zu wirken haben wird, bis eine freiheitliche demokratische Kreis- und Gemeindeverfassung im Wege der Gesetzgebung zustande kommen wird, soll nicht auf Grund eines komplizierten Wahlverfahrens, sondern durch freie Abstimmung in den Versammlungen beschlossen werden. Der Kreisbauernrat wählt seinen Vorsitzenden und die Vertreter, die die Kontrolle der Verwaltung beim Landratsamt und nach Bedarf bei Magistraten, kreisangehöriger Städte ohne Arbeiter- oder Volksrat, Amts- oder Gemeindevorsteher ausüben. Wo ein Bedürfnis hervortritt, können für einzelne nicht zu kleine Teile des Kreises Unterausschüsse des Bauernrates zur politischen Kontrolle errichtet werden, die jedoch dem gesamten Kreisbauernrate untergeordnet bleiben. Wo die Bildung von Unterausschüssen nicht notwendig ist, wird der Kreisbauernrat an einzelnen Orten Vertrauensmänner unterhalten können.

6. Die Bauernräte sollen lediglich die politische Kontrolle der Verwaltung übernehmen, nicht aber die Verwaltung selbst ausüben. Die bisherigen Behörden arbeiten ungestört fort. Die Kontrolle soll auch nicht darin bestehen, daß die Bauernräte in alle Einzelheiten der Verwaltung sich hineinmengen und dadurch den Geschäftsgang zum Schaden der Kreiseingefessenen erschweren oder verlangamen, sie sollen vielmehr eine Kontrolle nur über wesentliche Gesichtspunkte, z. B. bei



der Handhabung der Polizeigewalt, dem Erlasse von Verordnungen oder Anordnungen an die Amts- und Gemeindevorsteher und ähnlichen allgemeinen Anordnungen der Handhabung der Besteuerung usw. sein. Wegen der Art der Kontrolle werden sich die Vertreter des Bauernrates mit den zu kontrollierenden Behörden zu einigen wissen, wobei offenes Entgegenkommen auf beiden Seiten erwartet werden darf.

7. In den einzelnen Gemeinden werden zweckmäßig für die bessere Erfassung und Verteilung der Lebensmittel und die vollständige Aufbringung der Vorräte Wirtschaftsausschüsse zu bilden sein. Diese Wirtschaftsausschüsse sollen sich lediglich auf wirtschaftliche Ausgaben, nicht auf politische Ausgaben beschränken und da, wo es notwendig ist, die Sicherung von Personen und Eigentum auf dem Lande übernehmen. In letzterer Beziehung werden noch Richtlinien mitgeteilt werden. Festzuhalten ist unbedingt daran, daß die gegenwärtige Zwangsorganisation in der Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel ungestört weiter arbeiten müsse und daß die Wirtschaftsausschüsse lediglich eine Ergänzung und Vertiefung der Zwangsorganisation darstellen.

8. Bei der Errichtung der Wirtschaftsausschüsse werden die Kreisvertreter der Landwirtschaftskammer und der ländlichen Genossenschaften besonders zur Mitwirkung berufen sein. Wo schon Wirtschaftsausschüsse in den Gemeinden bestehen, werden sie entsprechend der demokratischen Neuordnung auszubauen sein, insbesondere durch Berücksichtigung der Landarbeiten. Die Mitarbeit auch der Raiffeisen'schen Genossenschaft, die durch Rundschreiben die Genossenschaften dazu aufgefordert habe, ist erwünscht.

Zu vermeiden ist, eine Errichtung von neuen Wirtschaftsausschüssen wo schon bisher Wirtschaftsausschüsse bestehen, wie überhaupt jede Ueberorganisation. Durch einen alle Bevölkerungskreise der Gemeinde gleichmäßig berücksichtigenden Ausbau vorhandener Wirtschaftsausschüsse der Gemeinde wird der Lebensmittelbewirtschaftung am besten gedient sein.

9. Um enge Fühlung zwischen dem politischen Bauernrat des Kreises und den Wirtschaftsausschüssen der Gemeinden herzustellen, wird es zweckmäßig sein, daß der Bauerrat einen Ausschuß aus einigen Vertretern des Bauernrates, den Landwirtschaftskammern, den Genossenschaften und einiger Wirtschaftsausschüsse bildet, der die Fühlung zwischen dem Bauerrat und den Wirtschaftsausschüssen erhält.

Breslau, 15. November 1918.

### Der Volksrat.

Veröffentlicht.

Militisch, den 19. November 1918.

### Ausgabe des Dezember-Petroleum.

Für den Monat Dezember gelangt dieselbe Menge Petroleum wie für den Monat November zur Ausgabe. Das Petroleum ist alsbald bei den Verteilungsstellen abzuholen.

Militisch, den 28. November 1918.

### Benzol.

Die Verbraucher von Benzol werden hierdurch ersucht, ihren Bedarf für den Monat Januar 1919 bis spätestens 10. Dezember 1918 und zwar getrennt nach Verwendungszwecken

A 1	für Pflug-	Motore
A 2	„ Dresch-	
A 3	„ Tierärzte-	
B	„ sonstige landw.-	
C	„ Molkerei-	

bei der hiesigen Kriegswirtschaftsstelle anzumelden.

Militisch, den 26. November 1918.

**Verpflichtet:** der bisherige Gemeinde-Vorsteher Schmiedemeister Herr Paul Riedel in Kraschnitz auf weitere 6 Jahre für dieses Amt.

Militisch, den 28. November 1918.

Die verehelichte Schwarzviehhändler Franziska Hü b n e r, geb. Fickert, in Kraschnitz ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Königlichen Amtsgerichts in Militisch vom 1. Oktober 1918 wegen Vornahme der Schlachtung eines Schweines sowie Unterlassung der Fleischbeschau eines Schweines mit 50 Mark Geldstrafe bestraft worden.

Militisch, den 11. November 1918.

Wegen Verkauf bzw. Ankauf von Butter und Geflügel ohne Genehmigung, Versuch der verbotenen Ausfuhr von Butter und Geflügel, Ueberschreitung der Höchstpreise für Butter sind bestraft worden: a) die Landwirtsfrau Bischhof in Powitzko mit 60 Mark, b) die Vorkosthändlerin Viktoria Fleischer in Breslau, Waterloost. 28, mit 20 Mark.

Militisch, den 15. November 1918.

Durch Strafbefehl des Amtsgerichts in Trachenberg in Schl. vom 25. September 1918 ist die Bauerauszügerin Luise König, geb. Hofdeutscher, in Goitke wegen Verfütterung von gekochtem Roggen mit 25 Mark Geldstrafe bestraft worden.

Militisch, den 15. November 1918.

### Der Landrat.

J. B. Graf Stolberg.

### Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. d. M. betreffend Versteigerung der arbeitsfähigen Pferde, wird darauf hingewiesen, daß mit den arbeitsfähigen Pferden auch die von der Landwirtschaftskammer nicht beanspruchten und für den Truppendienst nicht brauchbaren warmblütigen Zuchtstuten versteigert werden.

Für die an die Landwirtschaftskammer abzugebenden Zuchtstuten ist ein Mindestpreis von 550 Mark und ein Höchstpreis von 1200 Mark festgesetzt worden. Dies sind Vorzugspreise und haben nur für die an die Landwirtschaftskammer abgegebenen Zuchtstuten Geltung.

Um denjenigen Personen, die Pferde an die Heeresverwaltung abgegeben haben oder bedürftig sind, ein Verlaufsrecht einzuräumen, ist die Ausgabe von Pferdekarten in Vorbereitung. Bis zur Ausgabe dieser Pferdekarten werden bei den Versteigerungen in erster Linie solche Personen zum Kauf zugelassen, die sich durch eine ortspolizeiliche Bescheinigung darüber ausweisen, daß sie

- Pferde an die Heeresverwaltung abgegeben haben oder
- bedürftig sind (z. B. kleine Landwirte und Gewerbetreibende, Personen, die durch Verwundung usw. im Felde in ihrer Erwerbstätigkeit beeinträchtigt sind usw.)

Außerdem muß jeder Käufer durch eine ortspolizeiliche Bescheinigung nachweisen, daß er nicht Pferdeshändler ist.

Breslau, den 25. November 1918.

Der Zentralausschuß des Stellv. Generalkommando Soldatenrats.

Voigt.

VI. A. K.

Scheidler.

### Veröffentlicht:

Der Antrag auf Zulassung zu den Pferde-Versteigerungen ist bis zur Ausgabe der vom stellvertretenden Generalkommando zu erteilenden Pferdekarten, nach wie vor beim Landratsamt zu beantragen. Die von dem Landratsamt, nach Anhörung der Ortspolizeibehörden, ergehenden Einladungsschreiben zu den Versteigerungen gelten als die vorgeschriebene Bescheinigung der Ortspolizeibehörde.

Die Ortsbehörden wollen diese Bekanntmachung in ortsüblicher Weise veröffentlichen.

### Der Landrat

im Einvernehmen mit dem Soldatenrat.

Richter.

J. B. Graf Stolberg.

Preussisches  
Landes-Getreide-Amt.  
R. M. 4187.

Berlin,  
Kurfürstendamm 235,  
den 16. November 1918.

Betrifft unveränderte Fortführung der Geschäfte der Reichsgetreidekasse und des Landes-Getreide-Amts.

Um die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern, hat sich auch die Reichsgetreidekasse mit ihrer gesamten Organisation der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Auch das Landes-Getreide-Amt besteht fort und arbeitet. Nur ein Weiterarbeiten der Brotversorgung in der bisherigen Weise kann einen Zusammenbruch der Volksernährung und damit den Ausbruch von Hungernot und Anarchie verhindern.

Getreideverfassung und Mehlverteilung dürfen als die Grundlagen unserer gesamten Brotversorgung nicht gestört werden. Die



Reichsleitung hat auch bereits angefangen vereinzelter Vorkommnisse im Reiche unbefugte Eingriffe in die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel aus strengste unterlag. Die örtlichen Stellen, insbesondere auch die Arbeiter- und Soldatenräte, sind nicht befugt, über Bestände der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände wie auch der Heeresverwaltung an Mehl, Getreide usw. zu verfügen oder irgendwelche Anweisungen der Reichsgetreidestelle, des Landes-Getreide-Amtes und der Kommunalverbände über Erfassung und Verbrauch aufzuheben oder zu ändern. Unsere Anordnungen (Rundschreiben und Einzelerfügungen) bleiben somit in vollem Umfange ebenso in Kraft wie die Reichsgetreideordnung usw. und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen; die Kommunalverbände haben daher den Schriftverkehr sowohl mit uns wie mit der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle in der bisherigen Weise aufrechtzuerhalten.

Weiter ersuchen wir die Kommunalverbände, dafür Sorge zu tragen, daß die Gemeindevorstände und die sonstigen ihnen unterstellten Stellen, insbesondere aber die Kommissiönäre, ihre Tätigkeit ohne Rücksicht auf die politischen Ereignisse in gleicher Weise wie bisher fortsetzen. Der Verkehr mit der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle und den Kommunalverbänden ist von den Getreideaufkäufern unbeeinträchtigt weiter zu pflegen. Namentlich dürfen die Einholung von Verlobungsverfügungen und die Verlobungen nicht stocken. Auch der sonstige Schriftwechsel und Telegrammverkehr ist fortzusetzen; ebenso ist für ordnungsmäßige Fortführung der Wareneingangs- und -ausgangsbücher und Fertigung der Wochenzusammenstellungen zu sorgen. Nur Ordnung und Arbeit auf allen Wirtschaftsgebieten, besonders aber auf dem der Volksernährung kann das Chaos verhüten.

Sollten durch besondere örtliche Verhältnisse der Fortsetzung der Arbeit Schwierigkeiten erwachsen, so bitten wir um unverzügliche telegraphische Benachrichtigung.

Dr. Kleiner.

Veröffentlicht.

Militisch, den 26. November 1918.

**Kreislohnstelle Militisch.**  
J. B. Graf Stolberg.

### Anordnung.

Die in meiner Anordnung vom 22. August d. J. festgesetzte Vergütung für Händler und Kommissiönäre gemäß § 2 der Verordnung über die Preise für Stroh und Häcksel aus der Ernte 1918 vom 28. Juni 1918 (R. G. Bl. 1918 S. 721) sowie der Höchstpreiszuschlag bei Abgabe von Stroh und Häcksel durch die Kommunalverbände und Gemeinden an die Verbraucher wird wie folgt abgeändert:

1.

Der von den Lieferungsverbänden dem Händler oder Kommissiönär zu zahlende Betrag der Vergütung darf 8 M. für die Tonne nicht übersteigen.

2.

Die Kommunalverbände werden ermächtigt bei Abgabe von Stroh und Häcksel an die Verbraucher die ihnen tatsächlich durch die Abgabe ermächtigenden Unkosten dem Höchstpreise (§§ 1—4 der Verordnung vom 28. Juni 1918) zuzuschlagen.

Breslau, den 16. November 1918.

**Der Oberpräsident.**  
gez. von Guenther.

## Ortsstatut

über die Errichtung eines Wohlfahrtsamtes für die Stadt Militisch.

§ 1.

Auf Grund der §§ 11, 59, 60 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und § 3 des Preussischen Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetz vom 8. März 1871 wird eine gemischte Deputation mit der Bezeichnung

„Städtisches Wohlfahrtsamt“

eingesetzt.

Dem Wohlfahrtsamt wird die Ausübung der offenen und geschlossenen Armenpflege, die Verteilung der ihm

überwiesenen Stiftungen und Fonds und die Bearbeitung der vorbeugenden Fürsorge und Wohlfahrtspflege übertragen. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere die Hinterbliebenenfürsorge, die Erwerbsbeschränktenfürsorge einschließlich der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Jugendpflege und Fürsorge, die Gesundheitsfürsorge für Lungenkranke, Geisteskranken, Nervenkranken, Geschlechtskranke und Trinker, die Altersfürsorge, die Arbeitslosen-, Obdachlosen und Wandererfürsorge, sowie die Wohnungsfürsorge.

§ 2.

Das Wohlfahrtsamt besteht aus 2 Magistratsmitgliedern, dem Stadtarzt, sowie mindestens 10 von der Stadtverordnetenversammlung zu wählenden Bürgern, von denen mindestens 2 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, 3 Bezirksvorsteher, 3 Vertreter der privaten und 2 Vertreter der kirchlichen Fürsorge sein sollen. Auch Frauen können als Vertreterinnen der privaten Fürsorge gewählt werden. Hinsichtlich der Amtsdauer und des Ausscheidens der Mitglieder finden die Bestimmungen der §§ 31 und 75 der Städteordnung Anwendung.

§ 3.

Das Wohlfahrtsamt soll mit den Organisationen der freien Liebestätigkeit in engster Fühlung arbeiten und sich mit ihnen zum Zwecke einheitlicher Auskunftserteilung und zur Durchführung einer einheitlichen Fürsorge zusammenschließen.

Zu diesem Zwecke kann es Ausschüsse aus seinen Mitgliedern für bestimmte Fürsorgezwecke bilden und zu deren Sitzungen Vertreter der auf demselben Fürsorgegebiet tätigen Behörden, Stiftungen und Vereinen zuziehen.

§ 4.

Das Wohlfahrtsamt tritt auf Einladung des Vorsitzenden zu Sitzungen zusammen. Das Amt ist bei Anwesenheit von mindestens  $\frac{1}{3}$  der Mitglieder beschlußfähig. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Geschäftsordnung des Amtes regelt sich nach den Bestimmungen der §§ 26 und folgende der Instruktion für die Stadtmagistrate vom 25. Mai 1835.

§ 5.

Zur Ausübung der offenen Armenpflege wird die Stadt in Bezirke geteilt. Für jeden Bezirk wird ein Vorsteher, ein Stellvertreter und eine Anzahl Pfleger und Pflegerinnen gewählt, deren Zahl vom Magistrat nach dem Bedürfnis festgesetzt wird. Ihre Wahl erfolgt auf Vorschlag des Wohlfahrtsamtes von der Stadtverordneten-Versammlung auf die Dauer von 3 Jahren. Wiederwahl ist zulässig. Vorsteher, Stellvertreter, Pfleger und Pflegerinnen verwalteten ihr Amt als Ehrenamt.

§ 6.

Die Grundsätze für die Ausübung der offenen Armenpflege sowie die Geschäftsordnung für die Verwaltung der obigen Ehrenämter werden vom Magistrat festgestellt.

§ 7.

Dieses Ortsstatut tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Militisch, den 6. November 1918.

**Der Magistrat.**

Sperling.

Vorstehendes Ortsstatut wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Militisch, den 25. November 1918.

**Der Magistrat.**

Sperling.